



Interviews

Datum: 29. April 2024

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Ich kann darüber jetzt sprechen mit der Bundesinnenministerin und Sozialdemokratin Nancy Faeser. Einen schönen guten Morgen!

Nancy Faeser: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Dieser Prozess, der heute beginnt, ist der aus Ihrer Sicht ein Erfolg für den Rechtsstaat, ein Beleg für die wehrhafte Demokratie?

Faeser: Ja, es zeigt auf jeden Fall die Stärke unseres Rechtsstaates, dass hier das bislang größte Terrornetzwerk von Reichsbürgern nun vor Gericht steht und sich für seine – Sie haben es ja gerade in dem Vorbericht gesagt – militanten Umsturzpläne verantworten muss.

Schmidt-Mattern: Sie haben schon am Wochenende sinngemäß angekündigt, das reicht nicht, und kündigen eine härtere Gangart an gegen Staatsfeinde, gegen den Rechtsextremismus. Was heißt das konkret, Frau Faeser?

Faeser: Wir haben ja frühzeitig schon begonnen, gerade gegen den Rechtsextremismus konkrete Maßnahmen zu erheben. Wir haben immer darauf geachtet, dass Menschen vor rechtsextremer Gewalt zu schützen sind, Antisemitismus, Rassismus bekämpft wird. Ich habe gerade Mitte Februar dafür noch mal ein weiteres Maßnahmenpaket gegen den Rechtsextremismus vorgelegt. Für uns ist wichtig, Hasskriminalität zu verfolgen, Hasspostings zu löschen im Netz. Dort ist sehr viel Hass und Hetze unterwegs. Wir haben auch vor kurzem eine Ansprechstelle auf den Weg gebracht für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die in ihrem oft auch Ehrenamt sehr darunter leiden, dass dort Hass und Hetze gegen sie bis hin zu Straftaten im Bereich der Körperverletzung erfolgen. Wir wollen rechtsextreme Netzwerke zerschlagen, dafür vor allen Dingen die Finanzquellen aufklären, offenlegen und Finanzierung unterbinden. Und ein ganz wesentlicher Punkt, der mir sehr wichtig ist,

ist, Waffen zu entziehen. Wir haben es jetzt auch bei dem Prozessauftritt heute mit der Gefährlichkeit der Reichsbürger zu tun. Dort wurden ja auch bei Durchsuchungsmaßnahmen Schüsse auf Polizeibeamte abgegeben, die auch Beamte verletzt haben. Das zeigt die Gefährlichkeit dieser Gruppierung und insgesamt, und dafür ist es aus meiner Sicht unheimlich wichtig, die Waffen zu entziehen.

Schmidt-Mattern: Sie bemühen sich ja seit über zwei Jahren um eine Reform des Waffenrechts, soll heißen um eine Verschärfung. Dabei steht im Zentrum die Frage, wer darf überhaupt eine Waffenerlaubnis erhalten und welche Waffen sollen noch erhältlich sein mit Behördenlaubnis. Da steht nur die FDP auf der Bremse. Wie wollen Sie da Ihren Koalitionspartner an Bord holen bei Ihren Plänen?

Faeser: Zum einen ist es ein Punkt aus unserem Koalitionsvertrag und ich habe in der Tat vor fast zwei Jahren schon einen Gesetzentwurf auch vorgelegt und diskutiere mit den Koalitionspartnern, was an Inhalten dort drinstehen kann, was nicht. Ich bin eigentlich ganz zuversichtlich, dass auch die FDP sieht, dass wir eine engere Verbindung der Waffenbehörden auch mit denjenigen brauchen, die über die Zuverlässigkeit beurteilen können, mit den Ermittlungsbehörden, und es ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar, dass man mit einem Gewehr herumlaufen muss, was einem kriegswaffenähnlichen Gewehr ähnelt. Wir wollen ja diejenigen, die das als Sport betreiben oder auf die Jagd gehen, gerade davor schützen, dass dort Extremisten in ihren Reihen sind, und ich hatte Gespräche sowohl mit den Jägern als auch mit den Schützenvereinen, die auch ein großes Interesse daran haben, dass wir Extremisten nicht bewaffnen, und wir sehen es ja in diesem Fall. Mir geht es um den Schutz auch unserer Beamtinnen und Beamten, wenn man nicht einmal staatliche Maßnahmen wie Durchsuchungen durchführen kann, ohne sein eigenes Leben zu riskieren.

Schmidt-Mattern: Halten wir für den Moment fest: Da gibt es einen Dissens in der Ampel. Die FDP weigert sich, zum jetzigen Zeitpunkt eine Waffenrechtsverschärfung durchzuführen. – Lassen Sie uns noch auf Ihr Portfolio gucken. Sie sagen, Sie kündigen an oder haben vielfach vor, im Kampf gegen Rechtsextremismus mehr zu tun. Gleichwohl hat die Zahl rechts-extremer Straftaten im vergangenen Jahr deutlich zugenommen laut Zahlen aus Ihrem eigenen Haus. Stehen wir da im Moment doch nicht besonders gut da?

Faeser: Nein, wir haben ganz viel an Maßnahmen schon umgesetzt. Das ist auch wichtig und richtig. Aber ja, die Zahlen gehen nach oben, und das ist sehr erschreckend. Bei den Zahlen haben wir auch einen unheimlichen Anstieg seit dem 7. Oktober letzten Jahres, dem furchtbaren Angriff der Hamas auf Israel, weil damit natürlich auch antisemitische Straftaten zugenommen haben, und auch gerade aus dem rechtsextremistischen Bereich. Insofern

müssen wir uns das sehr genau angucken und deswegen ist es ja so wichtig, dass wir so stark handeln gegen diese Szene, gerade weil diese Zahlen sich nach oben entwickeln, und das ist natürlich auch Ermittlungserfolge geschuldet. Sie kriegen immer mehr Zahlen, je mehr Erfolge Sie haben und Ermittlungsverfahren aufdecken, und das ist eher dann ein gutes Zeichen.

Schmidt-Mattern: Frau Faeser, wenn wir auf die Feinde der Verfassung blicken, dann müssen wir auch auf die Anschuldigungen gegen den Europaparlamentarier Maximilian Krah gucken beziehungsweise seinen Mitarbeiter, der in Untersuchungshaft ist wegen Spionagevorwürfen. Justizminister Buschmann – wir haben ihn eben auch im O-Ton gehört – hat am Abend in der ARD gesagt, Deutschland sei schon längst in den Fokus autoritärer Mächte geraten und man müsse davon ausgehen, dass es weitere Enttarnungen geben wird. – Haben Sie im Bundesinnenministerium konkrete Anhaltspunkte für weitere Enttarnungen?

Faeser: Ich bitte um Verständnis, wenn es um Ermittlungsverfahren geht – die leitet ja auch die Justiz -, dass ich dazu keine Prognosen abgeben kann. Aber er hat recht, wenn er sagt, dass Deutschland längst in den Fokus anderer Mächte gekommen ist, und das haben wir natürlich auch noch mal in der Verschärfung gemerkt mit dem furchtbaren Angriffskrieg Putins in der Ukraine. Seitdem haben wir auch immer und stetig davor gewarnt. Wir haben eine Reihe von Verfahren gemeinsam mit der Justiz aufdecken können. Da haben sowohl die Ermittlungsbehörden als auch die Polizeibehörden wirklich einen sehr guten Job gemacht und das ist wirklich sehr gut und richtig, sich auch darauf zu fokussieren.

Schmidt-Mattern: Sie sagen jetzt, Sie können keinen Einblick in laufende Verfahren geben, aber gleichwohl spricht es doch Bände, wenn der Justizminister öffentlich über weitere Enttarnungen spricht. Haben Sie da Anhaltspunkte?

Faeser: Nein, keine konkreten, aber ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass er recht hat in der Einschätzung, dass Deutschland im Fokus anderer Mächte ist, insbesondere Russlands. Wir merken das ja Tag für Tag, auch die hybriden Bedrohungen, die es seitens Russlands gibt, nicht nur im Bereich der Spionage, auch der Verbreitung von Desinformation, die ja dort staatlich gelenkt ist und im Netz ja zuhauf zu finden ist. Insofern sind wir da ja sehr, sehr stark unterwegs und haben die ganze Zeit auch davor gewarnt, und genauso was Spionage betrifft, auch Wirtschaftsspionage, auch im Wissenschaftsbereich. Dort haben wir uns ja auch frühzeitig darum gekümmert. Ich kann mich erinnern, dass bei meinem Treffen G7 in Deutschland vor zwei Jahren ich schon die Wirtschaftsspionage als einen Tagesordnungspunkt aufgesetzt habe, um mit den Kolleginnen und Kollegen darüber zu beraten, wie

sich unsere Unternehmen, wie man Wissenschaft besser schützen kann. Insofern beschäftigt uns das schon eine ganze Weile und jetzt haben die Taten zugenommen.

Schmidt-Mattern: Aber gleichwohl haben wir doch jetzt eine Lage, vor allem nach den Enthüllungen der letzten Tage, den Mitarbeiter des AfD-Europawahl-Spitzenkandidaten betreffend. Dann gibt es neue Enthüllungen im „Spiegel“, wonach der Kreml ein Manifest mit Thesen zur deutschen Innenpolitik verfasst hat und das dann an die AfD weitergeleitet wurde. Zu diesen ganzen neuen Enthüllungen muss sich doch die Ampel-Regierung irgendwie verhalten.

Faeser: Das tun wir doch. Wir sind doch gerade mit unseren Ermittlungsbehörden sehr erfolgreich im Aufklären gerade dieser Fälle. Das haben wir gemacht und ich habe in meinem Bereich sowohl beim Verfassungsschutz als auch in den sonstigen Behörden den Spionagebereich in den letzten Jahren auch personell und technisch aufgebaut. Das haben wir ja gerade gemacht und deshalb sind wir jetzt so erfolgreich damit. Und ja, natürlich ist nicht auszuschließen, dass weitere Fälle aufgedeckt werden.

Schmidt-Mattern: Der Verfassungsschutz-Präsident, Thomas Haldenwang, warnt schon seit längerem, dass Verfassungsfeinde das hohe Gut der Meinungsfreiheit ausnutzen könnten. Wie sehen Sie das? Müssen wir im Kampf gegen rechts die Grenzen der Meinungsfreiheit enger ziehen in Deutschland?

Faeser: Nein. Wir haben, wie ich finde, ein gutes Gerüst unserer Meinungsfreiheit, was durch unsere demokratische Grundordnung im Grundgesetz geschützt wird, und dort ist ja auch definiert, wo die Grenzen unserer Meinungsfreiheit sind, wenn es die Rechte anderer betrifft und andere dadurch verletzt werden. Und ich finde eigentlich, dass wir da ein gutes Gerüst für haben, wo fängt die Strafbarkeit an und wo hört sie auf.

Schmidt-Mattern: Sie sagen, gutes Gerüst, aber lassen Sie uns vielleicht blicken auf eine konkrete Aussage von AfD-Landeschef Björn Höcke in Thüringen, der jetzt wegen eines NS-Vokabulars vor Gericht steht und vermutlich – so die Prognose; wir wissen es natürlich noch nicht – mit einer Geldstrafe davonkommen könnte. Ist das die Art von Bekämpfung von rechts, die Ihnen vorschwebt?

Faeser: Es ist ein unabhängiges Gericht. Das entscheidet alleine, ohne dass wir uns dort einmischen, welche Strafe dort verhängt wird, und das muss es auch selbst beurteilen. Ich

finde es bedenklich, wenn es in einer Demokratie Spitzenkandidaten gibt einer Partei, die nationalsozialistisches Gedankengut aussprechen. Das ist das eine. Aber für das Verfahren ist nur das Gericht verantwortlich und da werde ich mich nicht einmischen.

Schmidt-Mattern: Jetzt gibt es auch einen Vorschlag aus dem Bundesjustizministerium, die Verfassungsgerichte in Deutschland, vor allem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stärker abzusichern im Zuge einer wehrhaften Demokratie. Da ist eine Grundgesetzänderung möglicherweise in Planung. Sind Sie zuversichtlich, dass das vor der kommenden Bundestagswahl noch rechtzeitig gelingen könnte, Grundgesetzänderung in dem Sinne, dass man die Amtszeit der Richter und anderes genauer festlegt, um das Bundesverfassungsgericht vor Einflussnahme zu schützen?

Faeser: Ich würde mich zumindest freuen, wenn sich die demokratischen Parteien im Bundestag darauf einigen würden, denn es ist wichtig, unser Verfassungsgericht besser zu schützen. Das haben wir leider in Nachbarstaaten gesehen, dass das die ersten sind, an die herangegangen wird, wenn autoritäre Mächte an die Macht kommen, und deswegen finde ich es gut, das frühzeitig zu schützen, zu erkennen, dass das vielleicht besser ist, wenn man Maßnahmen spricht, dass man nicht politische Senate einführen kann oder Ähnliches, sondern dass das Bundesverfassungsgericht gerade in seiner Unabhängigkeit gestärkt wird.

Schmidt-Mattern: Wie gefährdet sind denn unsere Verfassungsgerichte in Deutschland?

Faeser: Im Moment sind sie durch unsere demokratische Grundordnung geschützt, aber ich finde, man muss auch immer überlegen, wenn man sieht, was in Polen passiert ist mit einem zusätzlichen Senat, der eingeführt wurde, oder auch in anderen Staaten, dass man sich auch damit beschäftigt, was könnte in Zukunft passieren, und dann auch Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen.

Schmidt-Mattern: Eine Frage noch zum Schluss, Frau Faeser, zu einer Demo von Islamisten in Hamburg am vergangenen Wochenende, die Sie ebenfalls mit Sorge kommentiert haben. Müssen wir auch diese Gefahr von Seiten der Islamisten in Deutschland stärker wieder mit in den Blick nehmen, gerade nach dem 7. Oktober?

Faeser: Das tun wir und gerade seit dem 7. Oktober haben wir ja viel getan. Ich habe ein Betätigungsverbot für die Hamas ausgesprochen, ein Verbot von Samidoun Deutschland, und diese Islamisten-Demonstration gestern auf der Straße ist wirklich schwer erträglich, das

zu sehen, und deswegen handeln wir so stark dagegen. Aber die roten Linien müssen auch klar sein. Es darf keine Terrorpropaganda für die Hamas, keine Hassparolen gegen Jüdinnen und Juden und keine Gewalt auf unserer Straße ausgesprochen werden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.